



Info

Gewerkschaft der Polizei (GdP) mahnt zur Sachlichkeit in der Berichterstattung.

Im Falle der Berichterstattung über die Anklageerhebung gegen einen Saarbrücker Polizeibeamten fordert die Gewerkschaft der Polizei die Rückkehr zur Sachlichkeit in der Berichterstattung des Saarländischen Rundfunks.

Im Zusammenhang mit einem laufenden Ermittlungsverfahren eine ganze Dienststelle unter Generalverdacht zu stellen und dadurch in ein schlechtes Licht zu rücken, wird weder einer objektiven Berichterstattung noch den Beschäftigten dieser Dienststelle gerecht.

Die Wiederaufnahme eines staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahrens nach Erlangung neuer Erkenntnisse durch Sach- oder Zeugenbeweis ist ein völlig richtiger und normaler Vorgang, der eine rechtsstaatliche Überprüfung des Verfahrens sowie des staatlichen Handelns sicherstellt. Darüber hinaus gilt der rechtsstaatliche Grundsatz der Unschuldsvermutung für alle Verfahrensbeteiligten.

Die Beamtinnen und Beamten der Saarbrücker Polizei verrichten in der Landeshauptstadt einen schwierigen, belastenden und anspruchsvollen

Dienst, bei dem sie selbst permanent Angriffen und Gewalt ausgesetzt sind. Immer öfter sehen sich Kolleginnen und Kollegen auch bei banalen Anlässen Angriffen ausgesetzt und können erforderliche Maßnahmen oft nur mit Zwang durchsetzen. Falsch verstandene Liberalität und Inakzeptanz gegenüber einfachsten Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens sind häufig die Ursachen. Jährlich müssen wir etwa 400 Widerstandshandlungen gegen Polizeivollzugsbeamte konstatieren. Durchschnittlich wird im Saarland jeden Tag ein Polizeivollzugsbeamter angegriffen und etwa jeder fünfte Beamte wird dabei verletzt. Demgegenüber stehen im zurückliegenden Jahr keinerlei Verurteilungen von Beamtinnen oder Beamten wegen unrechtmäßiger Dienstausübung insbesondere bezogen auf Körperverletzungen bei der Amtsausübung. Insofern gehen wir davon aus, dass unsere gut ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen ihren Dienst im Rahmen der Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen umsichtig und professionell ausüben.

Der Landesvorstand